

## Telegraphische Depeschen.

**Paris, 23. Februar, Nachmittags.** Hier eingetroffene Berichte aus Tetuan vom 16. d. melden, daß der Marschall O'Donnell folgendes als Basis für die Friedensunterhandlungen aufgestellt habe: Spanien bleibt im Besitze des obersten Territoriums und Tetuan; Marocco zahlt eine Kriegs-Entschädigung von 200 Millionen Reales und verpflichtet sich, den katholischen Kultus zu achten. Den Maroccanern ist zur Beantwortung Frist bis zum 23. d. gelassen.

**Frankfurt a. M., 23. Februar, Nachmittags.** In der heutigen Sitzung des Bundestages haben die bei den württembergischen Konferenzen betheiligt gewesenen Staaten einen Antrag in Betreff eines gleichen Maßes und Gewichtes für alle deutschen Länder gestellt. Derselbe wurde dem Handelsausschusse zugewiesen. Die Interpretation des Militärausschusses auf „allgemeine“ Revision der Bundes-Kriegsverfassung wurde angenommen.

## Telegraphische Nachrichten.

**Frankfurt, 23. Februar.** Die Bundesversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung Beschluß wegen der Revision der Bundeskriegsverfassung nach den Anträgen des Ausschusses gefaßt, welche dahin gehen, vorbehaltlich einer politischen Begutachtung der preussischen Anträge durch den Ausschuss ein militärisches Gutachten der Militärkommission darüber zu erfordern.

**Paris, 22. Februar.** Die „Patrie“ dementirt in förmlicher Weise das Gerücht von der bevorstehenden Vorlegung eines Gesetzes über die Einkommensteuer.

Eine turiner Korrespondenz des „Constitutionnel“ meldet, der englische Gesandte, Sir J. Hudson, werde den Grafen Cavour auffordern, jede Uebereinstimmung zu vermeiden und das Ende der obwaltenden Unterhandlungen abzuwarten.

Russland wünscht gemeinschaftlich mit Preußen eine Konferenz zu beantragen. Preußen wird wahrscheinlich unter bestimmten Vorbehalten zustimmen. (S. Berlin.)

**London, 22. Februar.** Dem telegr. Bureau von Reuter meldet man aus Rom, 21. Februar: Kardinal Antonelli hat dem Herzog von Grammont erwidert, er werde nach Empfang der päpstlichen Befehle dem päpstlichen Nuntius in Paris die Antwort des heiligen Stuhles auf die Depesche Drouvenels vom 12. Februar zustellen. — Man berichtet, der Papst bereite ein Motu proprio vor, welches die Verpflichtungen von Gesta realisiert; dasselbe solle veröffentlicht werden, sobald die päpstlichen Befehle garantirt seien.

Laut Nachrichten aus Newyork vom 10. Februar haben amerikanische Handelskammern sich mit Petitionen an den Kongreß gewendet, die amerikanische Regierung möge die Vermittelung zwischen den Westmächten und China übernehmen.

**Stockholm, 18. Febr.** Nachdem der Priesterstand die Einladung des Abels und des Bürgerstandes angenommen, ist es zum Reichstagsbeschlusse geworden, ein ausländisches Anlehen von 25 Millionen aufzunehmen. (Der Priesterstand hatte Anfangs, wie der Bauernstand, für eine 20 Millionen-Anleihe gestimmt, wie kürzlich gemeldet.)

## Preußen.

### K. C. 17. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Präsident Simon eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 5 Minuten. Die Bänke des Hauses sind kaum besetzt, auf der Linken sind sie fast leer. Am Ministertische: v. d. Heydt, v. Patow, Reg.-C. Meinde. Die Tribünen sind einigermassen besetzt.

Als Mitglieder der Kommission zur Vorberathung des Antrags Reichensperger wegen Reform des rheinischen Hypotheken-Rechts sind gewählt: Frech, Vorhender, Reichensperger (Köln), Stellvertreter des Vorhenderen, Hehl, Schriftführer, de Svo, Stellb. des Schriftführers, Conzen, Bürger, Blomer, Müller (Krier), v. Raib-Frenk, Braun (Duisburg), Reichensperger (Gelsen), v. Thimus, Neusch, Guttenne.

Zur Berathung steht die dritte der Grundsteuer-Vorlagen, den Gesetzentwurf betreffend: „Die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten und bevorzugten Grundstücken.“ Die allgemeine Tendenz des Gesetzentwurfs, der zusammen mit dem folgenden Gesetzentwurf wegen der Entschädigung ein untrennbares Ganze bildet, ist in der Uebersicht hinlänglich bezeichnet. Die Kommission (Referent Dunder, Berlin) hebt in ihrem Bericht mit Nachdruck das Motiv der politischen Gerechtigkeit hervor, während sie das finanzielle Moment als das untergeordnete behandelt, da namentlich in den ersten Jahren wegen der Kosten der Entschädigung, Verzinsung und Amortisation der rückzustellenden Schulverordnungen ein Ertrag für die Staatskasse kaum zu hoffen ist. — Zur General-Diskussion spricht zuerst

Referent Abg. Dunder: Er glaube mit sehr wenigen Worten die Annahme des vorliegenden Gesetzentwurfs empfehlen zu können. Der Abg. Gneist habe in einer der letzten Sitzungen darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre das fünfzigjährige Jubiläum der Grundsteuererhebung gefeiert werde, und er wolle gegenwärtig nur daran erinnern, daß morgen der Jahrestag zum zehntenmal wiederkehre, an dem Se. Majestät durch Gesetz verordnet, daß bei den einzelnen Gütern und Grundstücken des platten Landes u. d. die Grundsteuerbefreiung aufgehoben sei. Er frage nun, ob es in unserem Staate gewohnheitsmäßig werden sollte, daß solche Gesetze nicht zur Ausführung gelangen, und möchte in der zwölften Stunde bitten, eine Verordnung zu beilegen, welche die unbedingte Herrschaft des Gesetzes in Preußen in Frage stelle.

Abg. v. Blandenburg: Ueber die Tragweite des Votums seien alle einig, auch einem Vergleiche unter gewissen Bedingungen stehe er und seine Partei nicht entgegen. Die Ausgleichung müsse er aber unter allen Umständen verwerfen. Der national-ökonomische Werth der Vorlage sei äußerst bedenklich; schon deshalb sei er gegen eine Lebensdignität des Gesetzes über die Ausgleichung. Ebenso stimme er gegen die andern Vorlagen. Wenn die Regierung der Regierung gefallen sollte, das bedenkliche Ausgleichungs-Prinzip zu entfernen, wenn ein Gesetz geschaffen werden sollte, das nicht so viele Parteien ungerecht betreffe, dann würde die Minorität einem solchen Gesetze ihre „Ueberlegung zuwenden.“ (Heiterkeit.) Er müsse dies sagen, gerade weil er zur Minorität gehöre. Der Referent habe die Annahme der Vorlagen mit einem sehr kurzen Hinweis auf das Gesetz vom 24. Februar 1850 über die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen empfohlen. Wenn man aber auch der allgemeinen Ansicht sei, daß jene Bestimmung ausgeführt werden müsse, so erheben sich dennoch juristische Bedenken über die Art der Ausführung. Jene Bestimmung könne aufrecht erhalten, aber modifizirt werden. Es sei nicht seine Ansicht, daß eine Grundsteuer unter allen Umständen nicht aufgelegt werden dürfe, ebenso halte er es für unpatriotisch, sich für die Aufrechterhaltung der Befreiung auf die westpreussische Affekurations-Urkunde stützen zu wollen. Wohl aber müsse er es in Zweifel ziehen, daß eine Vertheilung vorläge, Urkunden und Privilegien in einzelnen Provinzen aufzuheben, um den andern Provinzen eine Bevorzugung zu geben. Es sei von jeher das Prinzip der Gesetzgebung gewesen, alle Rittergüter gleichmäßig zu veranlagern. Er verweise auf das Edikt von 1811. Wo eine Befreiung eingetreten, seien wohl auch gute Gründe vorhanden gewesen. Was den Vor-

wurf anbetreffe, daß die Bauerngüter oft höher besteuert gewesen, als die Rittergüter, so erinnere er daran, daß z. B. in Pommern die Bauern die Grundsteuer übernommen hätten, wogegen die Rittergüter andere Lasten trügen. Von jeher sei die Rittergüter immer noch zu außergewöhnlichen Lasten verpflichtet gewesen; was hätten die Kolonisten zu leisten gehabt, die doch auch steuerfrei gewesen? Wie könne endlich überhaupt davon die Rede sein, daß es eine Klasse gebe, die wegen der Affekurations-Urkunde frei von Steuern sein wolle? Ob die rechte Seite des Hauses nicht wisse oder nicht wissen wolle, daß auch er und seine Gefinnungsgenossen verlangten, die Steuern sollten auf alle Schultern gleich vertheilt werden? Es habe große Heiterkeit erregt, daß er die Vermuthung aufgestellt, auch der Abgeordnete v. Vinde werde sich einst noch zu seinen (des Redners) Ansichten über die Grundsteuer bekehren. Aber Herr v. Vinde habe ja in der Kommission die Aeußerung gethan, die ebenfalls kein Geheimniß sei, daß er die national-ökonomischen Bedenken der Grundsteuer anerkenne, und sich gegen einen künftigen Zuschlag zu derselben aussprechen werde. Wenn dem so sei, warum wolle die Rechte den Ansichten des Hrn. v. Vinde nicht folgen, warum wolle sie die Konsequenzen derselben zurückweisen? (Heiterkeit.) Die Grundsteuer gebe nicht dem Lande, sondern den modernen national-ökonomischen Theorien Recht. Es sei ein Frösteln durch das Haus gegangen, als der Finanzminister sich auf Oesterreichs Vorgang in dieser Sache berufen. Er sehe, dieses Frösteln werde zum Schütteln werden, und das Haus werde die Vorschläge abschütteln.

Abg. v. Jod: Er sei nicht für die Ausgleichungs-Theorie, halte aber die Annahme des vorliegenden Entwurfs im Interesse der befreiten Grundbesitzer selbst geboten, damit die Würde derselben nicht leide.

Abg. v. Rosenbergs-Lipinski: Er werde gegen die erste und zweite Vorlage, aber für die dritte und vierte stimmen, sei also für Aufhebung der bisherigen Steuerprivilegien. Für die Ausgleichung der Steuer in den verschiedenen Provinzen werde er nicht stimmen, weil, wenn auch von den Provinzen neue Steuern gefordert würden, nichts dafür geschehe, die Steuerkraft derselben zu heben, wenigstens nicht seitens des Handelsministers. (Bewegung.) Er wolle einmal von den westlichen Provinzen, über welche bisher so viel gesprochen, nach den östlichen gehen, und zwar nach dem rechten Oderufer, und erinnere das hohe Haus an das Schicksal der dort beabachtigten Eisenbahnanlage, und daran, wie damals das Interesse jener Gegend langsam aber sicher getödtet sei. Man werde es ihm nicht verdenken, wenn er unter diesen Umständen lieber noch länger die Steuerungleichheit zwischen den Provinzen aufrecht erhalten wissen wolle. — Uebrigens habe er das Wort nur ergriffen, weil nach einer Aeußerung des Präsidenten schließlich noch über alle vier Vorlagen zusammen abgestimmt werden solle, und er dann nicht Gelegenheit haben werde, sein Votum zu motiviren. Bei seinem Votum für Aufhebung der Steuerprivilegien wolle er nicht in Details eingehen, er wolle sich auch nur an diejenigen wenden, welche Gegner der Vorlagen ad 3 und 4 seien, an die größeren Gutsbesitzer; diese erinnere er an Art. 101 der Verfassungs-Urkunde und an den Satz: „ein Wort, ein Mann!“ Die Nothwendigkeit, ja das decorum erfordere die Aufhebung der Privilegien; es sei dies eine wahrhaft conservative Pflicht, eine wahrhaft aristokratische. Der Widerspruch des Abg. v. Blandenburg gegen die Vorlage erinnere ihn an dessen vor einigen Jahren bei Gelegenheit einer Steuervorlage gehaltenen Rede, welche mit den Worten geschlossen: „den Dammern auf den Gelbbeutel halten, ist es nicht ständisch.“ Gerade dies sei nichts weniger als ständisch (Bravo rechts); erst seit dem Augenblick, in dem die Stände aufgehört, neben ihren Rechten ihre Pflichten zu vergessen, erst seit dem Augenblick hätten die Stände an innerer und äußerer Autorität verloren. Ein richtiges Verständnis dessen, was echt konservativ und aristokratisch sei, müsse zur Annahme der beiden Vorlagen veranlassen. Die Bevorzugten müßten die ihnen jetzt gebotene Gelegenheit zur Aufhebung der Privilegien benutzen, da ihnen sogar noch eine Entschädigung gewährt werden solle, für welche er übrigens auch stimme. Er appellire in Betreff der Abstimmung über die beiden Vorlagen an die wahrhaft konservative und aristokratische Gesinnung der bisher Privilegirten. (Bravo rechts.)

Abgeord. Lette (gegen eine Aeußerung des Abg. v. Blandenburg): Es würde nicht nachzuweisen sein, daß in Pommern die Bauern die Grundsteuer übernommen hätten; dann würden diese durch jene zu entschädigen sein. Die Rittergüter hätten alle Lasten auf die Bauern abgewälzt, und die schwachen Fürsten hätten sie lange nicht gehindert, weil sie von ihren Ständen, eben den Rittern, Geld hätten haben müssen. Aber mit der veränderten sozialen und staatlichen Ordnung hätten sich auch die Pflichten aller gegen das Allgemeine geändert.

Abg. v. Brittwitz spricht mit angegriffener Stimme, und ist bei dem Rauschen des Ventilators so wenig zu verstehen, daß nur aus der Erwiderung des Reg.-Com. zu entnehmen ist, er sei gegen die Vorlage.

Reg.-Com. Meinde: Gegen die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe seien von keiner Seite erhebliche Einwürfe gemacht, und er wolle daher nur auf einige Aeußerungen der Abgg. v. Blandenburg und v. Brittwitz wenige Worte erwidern. Er sei davon fest überzeugt, daß das Gesetz vom Jahre 1850 niemals werde aufgehoben werden können (Bravo rechts), und wie die bisherigen Staats-Regierungen in dieser Ansicht übereinstimmten, so sei sie auch in ihren politischen Ansichten von einander abwichen, so werde auch jede fernere Staats-Regierung auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten, um endlich zum Ziele zu gelangen, da auch die allgemeine Stimmung im Lande sich in den letzten 10 Jahren immer mehr dahin neigte, die Grundsteuerbefreiungen aufgehoben zu sehen. Was die auf die bäuerlichen Besitztümer in Pommern ob mit Recht oder Unrecht übertragene Grundsteuer betreffe, so scheine diese Umwandlung in diesem Augenblicke von geringem Einflusse zu sein; er glaube, daß für Pommern diejenige Steuer-Revision in's Auge zu fassen sei, welche im Jahre 1717 vorgenommen sei. (Der Redner verliest 2 darauf bezügliche Verordnungen.) Zur Zeit existirten in Pommern noch 3300 freie Ritterhöfe, deren Befreiung aufgehoben werden müsse. Wenn Abg. v. Brittwitz die Affekuration nicht als Gesetz, sondern als lästigen Vertrag betrachte, so sei schon im Jahre 1852 auf den betreffenden Unterschied hingewiesen worden, und es sei klar, daß was dem öffentlichen Rechte angehöre, auch ohne Entschädigung aufgehoben werden könne, und dahin gehöre ohne Zweifel die Affekuration, deren Aufhebung ohne Entschädigung nicht bezweifelt werden könne.

Hiermit wird die General-Diskussion geschlossen, und nach einer kurzen persönlichen Bemerkung des Abg. v. Vinde (Hagen), daß, wenn er von einer winzigen Minorität gesprochen, er nicht die Minorität im Hause — das wäre unparlamentarisch — sondern die Minorität im Lande gemeint habe, und daß er dabei noch heute stehen bleibe, nimmt das Wort:

Berichterstatler Dunder (Berlin): Der Abg. v. Blandenburg habe von der Möglichkeit der Aufhebung des Gesetzes vom 24. Febr. 1850 gesprochen. Dagegen sei zu bemerken: entweder man beantrage die Aufhebung bestehender Gesetze, oder man füge sich ihnen, eins oder das andere. — Die Militär-Reform, für die derselbe Abg. sich wieder so lebhaft ausgesprochen habe, stehe mit der Grundsteuervorlage im engsten Zusammenhange; es sei unmöglich, Mehrausgaben lediglich auf die persönlichen Steuern zu legen. Das habe der Finanzminister ausdrücklich erklärt. Er empfehle also wegen dieser Zusammengehörigkeit das vorliegende Gesetz zur Annahme.

Zur Spezialdiskussion über § 1 (Prinzip) des Gesetzes: Veranlagung der bisher bevorzugten Grundstücke nach Maßgabe der betr. Steuerverfassung, Abg. v. Wedell (Nordhausen), so weit derselbe verständlich, spricht er von den Schwierigkeiten, die bisher steuerfreien Grundstücke zur Grundsteuer heranzuziehen. Er weist namentlich auf die verschiedenen Steuerverfassungen hin, welche in der Provinz Sachsen bestehen. Er habe Anstand genommen, ein Amendement zu stellen; seitdem das Amendement, wenda, das so weit von der Regierungsvorlage abweiche, angenommen, seien sämtliche Gesetze

Vorlagen in Frage gestellt, wie sich das bei der Gebäudesteuer herausstellen werde.

Abg. v. Sanger: Der Vorredner verkenne die Grundlage des Gesetzes. Wenn er durch Aufhebung der Befreiung eine neue Ungleichheit entstehen sehe, weil man nicht nach dem allem. neuen Grundsteuergesetze die Entschädigung bemesse, so vergesse er, daß die Privilegien nur innerhalb der provinzialen Steuerverfassungen beständen, und nur mit Rücksicht auf diese könnten sie für Aufhebung ihrer Privilegien Entschädigung verlangen; diese Steuerverfassungen seien das entsprechende Correlat zu den Exemtionen, nicht aber die allgemeine neu einzuführende Grundsteuer.

§ 1 wird darauf mit großer Mehrheit angenommen; dagegen nur die Fraztionen der Linken und einige Polen.

§ 2, welcher die zur Grundsteuer-Veranlagung heranzuziehenden Grundstücke bezeichnet, wird ohne Diskussion mit gleicher Mehrheit angenommen.

Bei § 3, welcher die Grundstücke bezeichnet, die auch fortan von der Grundsteuer befreit bleiben sollen, verlangt Abg. v. Vinde (Oslaw), daß die im Alinea 1 bestimmte Exemption der schlesischen Rittergüter, welche die allgemeine Grundsteuer nicht entrichten sollen, falls sie die bisher bestehenden gesetzlichen, wenngleich nach anderen, als den für die bäuerlichen Grundstücke angenommenen Grundätzen veranlagten, Grundsteuern wirklich entrichten, aufgehoben werde. Das jetzige Verhältniß sei ein ungerechtes, und zwar zu Ungunsten der Rittergüter, da die Bauerngüter dabei gewissermaßen den Rittergütern gegenüber privilegiert wären.

Nach einer kürzeren Replik des Regierungs-Commissar Meinde werden Alinea 1, 2, 3, 4 nach der Commissions-Fassung angenommen.

Zu Alinea 5 des § 3 beantragen die Abgg. v. Puttkammer und Genossen, die Bestimmung, daß „die im Besitze des Staates befindlichen Grundstücke von der Grundsteuer ausgenommen werden sollen“ zu streichen. Die Heranziehung der Domänen sei notwendig, bemerkt der Abg. v. Puttkammer, unter Zustimmung des Abg. Hoffmann, weil die Grundsteuer die Grundlage für den Maßstab zur Veranlagung der Kreis- und Kommunalanlasten bieten solle. Das werde erreicht, wenn die Domänen erimirt bleiben. Nun sei der Fiskus doch auch nur ein Grundbesitzer und müsse als solcher Steuern zahlen.

Gegen diesen von den Abgeordneten v. d. Kneesebeck, Graf v. Lehndorff, v. Polkowski und Conzen vertheidigten Antrag wird von dem Abg. Reichensperger (Gelsen) eingewandt, daß es von dem Fiskus nicht zu erwarten sei; er werde sich der ihm als Grundbesitzer obliegenden Pflichten entziehen, daß dies auch in den westlichen Provinzen nicht der Fall sei; ferner von dem Abg. Schellwig: daß hier nicht der Ort sei, eine derartige Bestimmung zu treffen, weil es sich hier nur um die Frage handle, welche der bisherigen Steuerprivilegien bestehen bleiben und welche aufhören sollten; endlich von dem Finanzminister und dem Regierungs-Commissar Meinde: daß ein wirkliches Erheben der zu veranlagenden Steuer völlig zwecklos sei, weil Steuerzahler und Steuerempfänger eine Person seien, und daß eine bloße Veranlagung ebenfalls ohne besonderen Nutzen sei, weil die Veranlagung binnen wenigen Jahren wieder in Folge der Veränderungen falsch werden müsse. Endlich wird noch von dem Finanzminister ganz besonders hervorgehoben, daß eine Regulirung der Frage, wie bei Veranlagung der Kreis- und Kommunalanlasten der Werth der fiskalischen Grundstücke zu bemessen sei, einem besonderen Gesetze vorbehalten bleiben müsse, welches Gesetz bereits vorbereitet werde.

Bei der Abstimmung wird das Amendement v. Puttkammer und Genossen angenommen, also Alinea 5 des § 3 gestrichen.

Nach Alinea 6 des § 3 sollen diejenigen Grundstücke von der neuen Grundsteuerveranlagung ausgeschlossen bleiben, welche zu dem Vermögen evangelischer oder katholischer Kirchen, öffentlicher Schulen u., zur Unterhaltung von Kirchen u. bestimmter Fonds, sowie zur Dotation von Geistlichen u. gehören.

Abg. Osterrath wünscht in Bezug auf diesen Punkt, namentlich für die Provinz Schlesien, die Durchführung von gleichmäßigen Grundätzen im ganzen Staate, da nicht in der einen Provinz schwere Belastung und in der andern Befreiung existiren dürfe.

Finanzminister v. Patow bemerkt, daß das vorliegende Gesetz, welches nur den Charakter des Provisoriums trage, diese schwierige Frage nicht regeln könne. Dasselbe müsse einem besonderen Gesetze vorbehalten bleiben. Er wolle sich über die Angelegenheit selber in diesem Augenblicke nicht äußern. Die Ansichten gingen darin auseinander. Man könne sagen, durch die Besteuerung der fraglichen Grundstücke werde die Prästationsfähigkeit derselben gefährdet, und der Staat müsse darin mit der einen Hand geben, was er mit der anderen nehme; man könne andererseits sagen, wo die Grundsteuer bis jetzt bestanden, sei die Leistungsfähigkeit festgestellt, und somit keine Veranlassung vorhanden, die Befreiung aufzuheben.

Abg. v. Vinde (Oslaw) hebt die Ueberbürdung einzelner Pfarrgrundstücke in Schlesien hervor; ihm sei z. B. eines bekannt, welches von 22 Morgen 39 Zhlr. Grundsteuer zahle. Mancher Gemeinde, die das Fehlende ergänzen müsse, würde durch die Ausgleichung ein gerechter Nutzen zufließen. Der Finanzminister erwidert, daß die 39 Zhlr. unmöglich für den Grund und Boden gegeben werden können; es seien hierbei die Abgaben von Desem und sonstigen Leistungen mit in Anschlag zu bringen. Die Bestimmungen der jetzigen Vorlage würden den überlasteten Grundstücken in Schlesien zu Gute kommen. — Das Alinea 6 wird angenommen.

Die übrigen §§ 4 bis 8 werden ohne Diskussion angenommen. Bei § 6 (Erhebung der Grundsteuerbeträge von bisher befreiten Grundstücken nach den für die Staatsgrundsteuer bestehenden Vorschriften für die Staatskassen) wird ein von dem Abg. v. Puttkammer beantragter Zusatz: „soweit die Grundstücke sich nicht im Besitze des Staates befinden“, angenommen.

Ohne Diskussion ertheilt darauf das Haus der „Anweisung für die Veranlagung der bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücke in den 6 östlichen Provinzen zur Grundsteuer“ seine Zustimmung. Die Anweisung behandelt in 4 Abschnitten: Veranlagungsgrundsätze und Verfahren, Ausführungs-Behörden, Reklamationen-Verfahren, schließliche Feststellung. Die Staatsregierung ist mit den im Ganzen unerheblichen Veränderungen der Kommission einverstanden. Bezüglich der Entscheidung über Reklamationen fest die Regierungsvorlage in erster Instanz; die Veranlagungs-Kommission, in zweiter Instanz nach 14tägiger Präklusivfrist die Bezirks-Regierung fest. Die Kommission nimmt als erste Instanz die Regierung, als zweite nach sechs wöchentlichen Präklusivfrist den Finanzminister an.

Ein Antrag des Abg. Schellwig, die Fassung der Vorlage wiederherzustellen, findet nicht die hinreichende Unterstützung; das Haus tritt dem Vorschlage der Kommission bei.

Es folgt Berathung des vierten Gesetzentwurfs über die Entschädigung für Aufhebung der Grundsteuerbefreiung.

Berichterstatler Abg. Reichensperger (Gelsen): Die Principien der Entschädigung seien überhaupt bei der Generaldebatte der Vorlagen bereits festgestellt worden. Hier komme nur die Frage in Betracht, ob die Befreiung solcher Güter, welchen ein Rechtstitel nicht zustehe, auch eine Entschädigung für ihre Privilegien erhalten sollten. Viele Stimmen hätten sich dafür ausgesprochen, daß eine Entschädigung in solchem Falle nicht zu billigen sei. Auch im Jahre 1850 habe sich der damalige Finanzminister in diesem Sinne ausgesprochen. Dennoch habe sich die Regierung im Geiste der Billigkeit für eine Entschädigung entschieden. In der Komm. habe diese Ansicht viele Opposition gefunden. Dennoch habe sich die Mehrheit der Komm. der Ansicht der Regierung angeschlossen, weil endlich einmal die Grundsteuerfrage zum Austrage kommen müsse. Vorzugsweise seien es namentlich politische Grundätze gewesen, welche die Komm. zu diesem Antrage bewogen, da ohne Grundsteuerausgleichung keine Reform der Steuerverfassung möglich sei.

Zur Generaldiskussion nimmt Niemand das Wort. Die §§ 1 bis 4 wer-



